

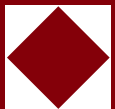
Schriftenreihe der Sektion

Politische Theorien und Ideengeschichte in der
Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

21

Regina Kreide/Claudia Landwehr/Katrin Toens (Hrsg.)

Demokratie und Gerechtigkeit in Verteilungskonflikten



Nomos

Schriftenreihe der Sektion
Politische Theorien und Ideengeschichte in der
Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft

Herausgegeben von
Prof. Dr. Karsten Fischer
Prof. Dr. Ina Kerner

Band 21

Regina Kreide/Claudia Landwehr/Katrin Toens (Hrsg.)

Demokratie und Gerechtigkeit in Verteilungskonflikten



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8329-5792-6

1. Auflage 2012

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2012. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung der Herausgeberinnen	7
<i>Teil 1: Zum Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Gerechtigkeit</i>	
<i>Rainer Forst</i>	
Die Frage der Verteilungsgerechtigkeit	21
<i>Stefan Gosepath</i>	
Zur Verteidigung der sozialen Gerechtigkeit	35
<i>Franziska Martinsen</i>	
„Form follows function“? Oder: Eine Gleichung mit zu vielen Unbekannten?	51
<i>Teil 2: Verfahren: gerecht und/oder demokratisch?</i>	
<i>Cristina Lafont</i>	
Rechenschaftspflicht und Global Governance. Zur Kritik der staatszentrierten Menschenrechtskonzeption	71
<i>David Miller</i>	
Was bedeutet „Fair Trade“ und warum ist er wichtig?	103
<i>Albert Weale</i>	
Gesellschaftsvertrag und demokratische Deliberation	131
<i>Joachim Behnke</i>	
Der Nutzen experimenteller Spieltheorie für das Design politischer Institutionen	161
<i>Claudia Wiesner</i>	
Bürgerschaft, Demokratie und Gerechtigkeit in der EU	185

Teil 3: Gerechte Verteilung besonderer Güter in der Demokratie

Simon Caney

Gerechtigkeit, Moral und Emissionshandel 213

Anja Karnein

Gibt es einen universellen Anspruch auf Elternschaft? 245

Michael Hirsch

Verteilungskonflikte von Arbeit, Einkommen und sozialer Anerkennung 261

Johannes Marx

Geistiges Eigentum als Problem internationaler Gerechtigkeit 281

Arne Moritz

Welche Rolle sollten prozedurale Gerechtigkeitskriterien bei der
Verteilung von Ressourcen in Gesundheitssystemen spielen? 311

Über die Autoren und Autorinnen 339

Demokratie und Gerechtigkeit in Verteilungskonflikten: Eine Einleitung

Regina Kreide, Claudia Landwehr und Katrin Toens

Demokratie und Gerechtigkeit sind Schlüsselkonzepte politischen und philosophischen Denkens. Trotz ihrer Dominanz in den zeitgenössischen philosophischen und politikwissenschaftlichen Debatten ist es bisher nur selten gelungen, beide Konzepte aufeinander zu beziehen (vgl. Dowding et al. 2004). Dabei stellt sich häufig die Frage, in welchem Verhältnis Gerechtigkeit und Demokratie zueinander stehen. Das ist gerade dann der Fall, wenn Fragen, die das Verhältnis von Demokratie und Gerechtigkeit betreffen, auf Verteilungskonflikte bezogen sind, wenn es beispielsweise um einen angemessenen Umgang mit natürlichen Ressourcen, Gesundheitsgütern oder geistigem Eigentum geht. In solchen Fällen steht entweder die Wirkung demokratischer Entscheidungsverfahren auf die Verteilung öffentlicher Güter zur Debatte, oder es werden umgekehrt die Folgen ungelöster Verteilungskonflikte für die Funktionsfähigkeit demokratischer Institutionen thematisiert. Demokratie und Gerechtigkeit stehen dabei, so die Ausgangsannahme des vorliegenden Bandes, in einem Spannungsverhältnis zueinander: Gerechtigkeitsprinzipien können nämlich einerseits der Demokratie Vorgaben machen, die selbst nicht Gegenstand des demokratischen Prozesses sind, wenn beispielsweise eine bestimmte Güterverteilung als gesellschaftlich tradiert und gerecht angesehen und nicht hinterfragt wird. Gerechtigkeit kann somit vorpolitisch sein. Auf der anderen Seite können demokratische Verfahren zu Ergebnissen führen, die ungerecht sind, etwa dann, wenn eine Bevölkerungsgruppe aus willkürlich erscheinenden Gründen vom Zugang zu bestimmten knappen Gütern ausgeschlossen ist. Demokratie kann somit zu Ungerechtigkeiten führen, die womöglich aus gerechtigkeits-theoretischen Gründen nach Korrektur verlangen. Ausgehend von diesem Spannungsverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Demokratie drängen sich noch weitere Probleme auf.

Gegenwärtig haben wir es nicht nur mit höchst umstrittenen Verteilungsfragen zu tun, zu denen weltweit ansteigende soziale Ungleichheiten, die anhaltende Krise öffentlicher Haushalte und Versorgungssysteme, das Versiegen natürlicher Ressourcen sowie die absehbaren ökologischen und sozialen Folgen des Klimawandels gehören. Erschwerend kommt hinzu, dass diese Probleme grenzüberschreitender Natur sind und sich damit nicht gänzlich im Rahmen nationalstaatlich verfasster Demokratien lösen lassen. Inter- und transnationale Verfahren zur Lösung von Verteilungskonflikten müssen gefunden werden, die nach Möglich-

keit die historischen Errungenschaften moderner Demokratien nicht preisgeben. Das wirft die Frage auf, inwieweit sich inter- und transnationale Konfliktlösungsverfahren überhaupt an den etablierten Institutionen fortgeschrittener Demokratien westlicher Prägung orientieren können.

Dabei steht nicht nur die Übertragbarkeit des Modells der repräsentativen parlamentarischen Demokratie auf die Politik jenseits des Nationalstaates zur Diskussion. Vielmehr scheint das Modell selbst bereits innerhalb des Nationalstaates von einer Krise erfasst zu sein. Der Bedeutungsverlust von Parteien und Verbänden, die wachsende Zahl von Nicht- und Protestwählern und das schwindende Vertrauen in die Handlungsfähigkeit nationalstaatlicher Regierungen scheinen darauf hinzuweisen, dass auch konsolidierte Demokratien unterhalb der Oberfläche formaler Funktionsgewährleistung einem schleichenden Erosionsprozess ausgesetzt sind (Crouch 2008). Ungelöste Verteilungskonflikte in Form von dauerhaften und sich verschärfenden sozialen Disparitäten oder ungleich verteilten politischen Einflusschancen sind häufig die Triebfedern dieser Erosionsprozesse.

Dieser Band soll dazu dienen, das Spannungsverhältnis von Gerechtigkeit und Demokratie in Verteilungskonflikten interdisziplinär, international und intergenerationell auszuloten. Die Diskussionen werden auf einer normativ-philosophischen Ebene geführt, knüpfen aber auch an konkrete empirische Fragen und Fallstudien an. Auf diese Weise soll ein solider Beitrag zur systematischen Analyse des Verhältnisses zwischen Demokratie und Gerechtigkeit geleistet werden.

Das Spannungsverhältnis zwischen Demokratie und Gerechtigkeit wird dabei in drei Schritten bearbeitet werden. In einem ersten Schritt geht es ganz grundsätzlich um die begriffliche Bestimmung des Verhältnisses von Gerechtigkeit und Demokratie im Zeitalter der Globalisierung. Wurde in der traditionellen politischen Theorie eine nationalstaatliche politische Ordnung als einziger oder zumindest entscheidender Kontext der Gerechtigkeit angesehen – gekennzeichnet durch die Herrschaft des Rechts, demokratische Selbstbestimmung und Institutionen der Verteilungsgerechtigkeit –, so stellt sich im Zuge der Globalisierung die Frage, ob dies weiterhin der angemessene Rahmen der Gerechtigkeit sein kann oder ob neue, transnationale Regierungsformen nicht auch auf eine transnationale oder globale Konzeption der Gerechtigkeit angewiesen sind. Ein zweiter Themenblock widmet sich dem Zusammenhang zwischen Entscheidungsverfahren und Verteilungsergebnissen: Bringen demokratische Verfahren notwendig gerechte Lösungen hervor? Sind gerechte Lösungen anders als durch demokratische Verfahren zu erzielen? Und inwieweit ist die Entscheidung für ein konkretes demokratisches Entscheidungsverfahren bereits eine Verteilungsentscheidung, die das Ergebnis zumindest teilweise vorbestimmt? Schließlich wird in einem dritten Schritt erörtert, ob die Verhandlungen über bestimmte kollektive Güter (wie etwa Gesundheit oder saubere Luft und sauberes Wasser) dem demokratischen Prozess entzogen werden sollten, um eine gerechte Verteilung essen-

tieller Güter zu gewährleisten, oder aber, ob wir die Demokratie benötigen, um überhaupt sagen zu können, was wir unter notwendigen Gütern verstehen.

1. Zum Verhältnis zwischen Demokratie und Gerechtigkeit

Zunächst lässt sich das bereits angesprochene Spannungsverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Demokratie aus grundlegenden konzeptionellen bzw. ideengeschichtlichen Perspektiven in seinen unterschiedlichen Formen und Facetten ausleuchten. Wenn wir, wie der Titel des Bandes besagt, das Spannungsfeld analysieren, das sich zwischen den Begriffen der Gerechtigkeit und der Demokratie in globalem Maßstab und insbesondere in Verteilungskonflikten auftut, dann erscheint „globale Demokratie“ einerseits als logische Konsequenz eines universalistischen (oder kosmopolitischen) Verständnisses egalitärer Gerechtigkeit. Die Verteilung von Ressourcen (seien es natürliche Ressourcen oder kollektive Güter wie Gesundheit) sollte demnach von einer ‚ursprünglichen Gleichverteilung‘ ausgehen, bei der zumindest hypothetisch allen WeltbürgerInnen ein gleicher Ressourcenanteil zustünde (Gosepath 2004). Andererseits aber erscheint die Realisierung einer solchen Vision der egalitären Gerechtigkeit als Gefährdung der politischen Infrastruktur nationaler Demokratien (nicht nur derjenigen westlicher Staaten), als „Kirchhof der Freiheit“, wie Kant sagt (Forst 2007). Unabhängig vom Ergebnis demokratischer Prozesse wird ein anscheinend gerechtfertigter Verteilungsmaßstab dem Gesetzgebungsprozess vorgelagert. Demokratie erscheint dann als Instrument, mit dem eine gerechte Güterverteilung von umstrittenen Gütern auf Basis lokaler Bedingungen am besten zu regeln ist.

Die Einschätzung dieses Spannungsverhältnisses ist allerdings nicht nur von ideengeschichtlichen, theoretischen und disziplinären Perspektiven für die Bestimmung beider Konzeptionen von Bedeutung, sie ist vielmehr auch von der raumzeitlichen Beschaffenheit der Verteilungskonflikte abhängig: Welche Probleme birgt beispielsweise eine überstaatliche Ressourcenverteilung, etwa bei Konflikten um Wasser in trockenen Gebieten der Welt? Inwiefern und in welchem Ausmaß betreffen Entscheidungen, zum Beispiel über die Vergabe von Emissionsrechten für Schadstoffe, zukünftige Generationen? Umstritten ist, ob sich Forderungen nach der Verwirklichung von Demokratie und Gerechtigkeit innerhalb und jenseits des Nationalstaates aus einem einzigen übergeordneten normativen Prinzip herleiten oder ob sich Ansprüche auf demokratische Legitimation einfach auf Gerechtigkeitsforderungen reduzieren lassen. Inwieweit wir die Art dieser Forderungen unter Bedingungen globaler Interdependenz und gesellschaftlicher Diversifizierung modifizieren und damit unsere Begriffe von Demokratie und Gerechtigkeit, ebenso wie deren Verhältnis, überdenken müs-

sen, ist die zentrale Fragestellung dieses Themenblocks, die von den AutorInnen kontrovers diskutiert und ganz unterschiedlich beantwortet wird.

Rainer Forst identifiziert zwei ‚Bilder‘ der Gerechtigkeit, die, mit Wittgenstein gesprochen, unsere Sprache auf eine Sache hin prägen. Das Denken über Gerechtigkeit wird, so Forst, seit langem schon durch ein Bild gefangen gehalten, das Gerechtigkeit fast ausschließlich als soziale Gerechtigkeit versteht und Auskunft darüber gibt, was jedem Einzelnen zusteht (*sum cuique*). Problematisch an dieser Gerechtigkeitsdeutung ist, laut Forst, dass die Frage, wie die Güter in die Welt kommen, wie sie verarbeitet werden und wer über ihre Verteilung eigentlich entscheidet, im Paradigma der sozialen Gerechtigkeit keine Rolle spielt. Forst argumentiert für einen Ansatz politischer Gerechtigkeit, für den die erste Frage der Gerechtigkeit die Machtfrage ist. Macht verstanden als „Rechtfertigungsmacht“ des Einzelnen ist demnach die Basis der Gerechtigkeit, denn nur durch diese diskursive Macht können ungerechte Bedingungen und falsche Legitimitätsannahmen einer Verteilung aufgedeckt und thematisiert werden. Mit dieser „politischen Wende“ in der Gerechtigkeitsdebatte argumentiert Forst für eine kritische Theorie der Gerechtigkeit als Kritik der Rechtfertigungsverhältnisse.

Stefan Gosepath hingegen verteidigt die Verteilungsgerechtigkeit gegen die Unterstellung, sie operiere mit einem zu engen Gerechtigkeitsbegriff. Fälschlicherweise, so Gosepath, wird behauptet, Gegenstand sozialer Gerechtigkeit seien nur natürliche (wie Rohöl oder Mineralien) oder individuelle Ressourcen (Talente, Begabungen, Fähigkeiten), nicht aber Rechte und Freiheiten. Seit der Neuzeit jedoch kann die Idee gleicher Rechte nur so verstanden werden, dass sie letztlich auf einer Form der Gleichverteilung von Ansprüchen auf Gütern basiert. Zugleich verfängt aber auch ein sehr weiter, wie der von Rainer Forst vertretene Begriff politischer Gerechtigkeit nicht. Damit nämlich wird der Unterschied zwischen Gerechtigkeit und Legitimität verwischt. Rechtfertigungsanforderungen jedoch fragen, so Gosepath, wie, wann und wo Machtausübungen legitim sind und beziehen sich auf alle Arten von Handlungen – nicht nur auf solche, die im Zusammenhang mit Gerechtigkeitsfragen auftreten. Gosepath verteidigt eine Idee der Gerechtigkeit, die er als Teil der Moral versteht, bei der es um die Verteilung von Lasten und Pflichten geht und deren Grundprinzip es ist, niemanden zu über-vorteilen – ein Prinzip, das sich auf eine Pluralität von Phänomenen bezieht und in den verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten auf unterschiedliche Weise inhaltlich ausbuchstabiert werden kann.

Franziska Martinsen analysiert in ihrem Beitrag das Spannungsverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Demokratie, das sie als gegeben voraussetzt. Sie unterscheidet drei Lesarten: Einem ersten Verständnis nach gilt es, die demokratischen Prozesse weitestgehend uneingeschränkt durch außerdemokratische normative Vorgaben zu gestalten. Eine „Korrektur“ von Mehrheitsentscheidungen

durch extern angelegte Maßstäbe werde demnach als hochproblematisch abgelehnt. Eine zweite Lesart fordere (soziale) Gerechtigkeit als eine notwendige Bedingung von Demokratie, stelle damit jedoch die Gerechtigkeit in den Dienst der Demokratie. Und eine dritte Deutung schließlich blicke vor allem auf das Ergebnis des demokratischen Prozesses und fordere einen von der Demokratie unabhängigen Gerechtigkeitsmaßstab für die Beurteilung politischer Entscheidungen. Vor dem Hintergrund ihrer Analyse vertritt Martinsen die These, dass demokratische Politik eine Möglichkeit der Selbstentfaltung darstellen sollte, ohne aber Selbstzweck zu sein. Während Gerechtigkeit, so Martinsen, eine vom demokratischen Prozess unabhängige Instanz sei, stelle Demokratie eine Forderung der Gerechtigkeit dar.

2. Verfahren: gerecht und/oder demokratisch

Das Verhältnis zwischen Demokratie und Gerechtigkeit betrifft auch den Zusammenhang zwischen (demokratischen) Verfahren und Gerechtigkeitsbedingungen. So beschäftigt sich ein zweiter Teil des Bandes mit der Frage nach den Potenzialen und Verteilungswirkungen unterschiedlicher Entscheidungsverfahren und setzt dafür beim Demokratiebegriff an. Angesichts schwindender nationalstaatlicher Handlungs- und Entscheidungsspielräume und gesellschaftlicher Diversifizierung und Fragmentierung ist zu fragen, ob etablierte Verfahren der repräsentativen Demokratie noch funktionieren, oder ob nicht grundlegende demokratische Innovationen erforderlich sind (Lafont 2006). Nicht nur aus normativer Sicht, auch empirisch betrachtet lässt sich nicht alles, was demokratisch ist, auch gleichzeitig als gerecht bezeichnen. Die empirische Demokratieforschung hat gezeigt, dass Demokratie zwar als Verfahren des „one person, one vote“ relativ einfach zu realisieren ist, die liberale Demokratie aber wesentlich mehr als das voraussetzt. Von welchen Entscheidungsverfahren kann erwartet werden, dass sie Verteilungskonflikte in akzeptable, als gerecht empfundene Ergebnissen überführen? Stellt die Informalisierung der Politik in Netzwerken und die Delegation von Entscheidungen an Expertengremien ihre demokratische Legitimationsfähigkeit grundsätzlich in Frage oder ist sie eine angemessene Reaktion auf irreduzible Komplexität und Unsicherheit (Landwehr 2006, 2009)? Wie kann über Gerechtigkeitsansprüche Betroffener ohne Partizipationsmöglichkeiten, etwa zukünftiger Generationen, entschieden werden, die weder wählen noch argumentieren können?

Dass gerechte Lösungen nicht immer durch demokratische Verfahren unterstützt werden, lässt sich auch am Beispiel des demokratischen Wohlfahrtsstaates zeigen. Demokratie kann nämlich die politische Akzeptanz sozialer Umverteilung keineswegs stets aus ihrer eigenen Funktionslogik heraus gewährleisten.

Nicht die parlamentarische Demokratie mit Mehrheitsentscheid sichert den Wohlfahrtsstaat, sondern die soziale Solidarität und bürgerliche Organisationsbereitschaft zugunsten der Umverteilungsgerechtigkeit. Beides kann sich aber erst im Kontext gelebter Gemeinsamkeit und Gemeinschaft entwickeln. Die Mehrheitsdemokratie hingegen kann den Abbau wohlfahrtsstaatlicher Umverteilungssysteme sogar fördern und beschleunigen, da sie der Entsolidarisierungstendenz innerhalb der Gesellschaft nichts entgegensetzt, sondern lediglich Verfahren bereit hält, über die aber womöglich wohlfahrtsstaatsfeindliche Ressentiments und Besitzstandwahrungsinteressen in politische Entscheidungszusammenhänge eingespeist werden (Offe 1987). Zentrales Anliegen der Beiträge dieses Themenblocks ist es, Auskunft darüber geben zu können, inwieweit demokratische Verfahren Verteilungsgerechtigkeit befördern oder gefährden können und welche Verteilungsentscheidungen die Auswahl konkreter hergebrachter oder innovativer Verfahren zur Lösung von Konflikten bereits impliziert.

Cristina Lafont geht in ihrem Beitrag der Frage nach, *ob* und, wenn ja, *wie* die Legitimität von Entscheidungsverfahren in globalen Organisationen (wie WTO, Weltbank, IWF) verbessert werden kann, ohne für einen Weltstaat zu argumentieren. Damit richtet sie sich gegen etatistische Positionen, die für die alleinige Menschenrechtsverantwortung von Staaten argumentieren, wie auch gegen jene, die einen Weltstaat propagieren. Für Lafont ist es jedoch kein Widerspruch, dass globale Institutionen gegenüber allen Entscheidungsnehmern rechenschaftspflichtig sind, während die Mitglieder dieser Institutionen als RepräsentantInnen von Staaten gleichzeitig den BürgerInnen ihrer eigenen Ländern rechenschaftspflichtig bleiben. Sie argumentiert für eine „inklusive Rechenschaftspflicht“, bei der die internationalen Organisationen an internationale Menschenrechtsnormen gebunden sind, die sie zwar nicht dazu verpflichten, Menschenrechte aktiv zu fördern, die sie aber binden, Menschenrechte zu achten, indem sie sicherstellen, dass die von ihnen in Kraft gesetzten Regelungen sich nicht negativ auf den weltweiten Menschenrechtsschutz auswirken. Als Bestandteil ihres globalen Auftrags können die Mitglieder der internationalen Organisationen gewährleisten, ihrer besonderen Pflicht als staatliche RepräsentantInnen nachzukommen, indem sie die Interessen und Rechte ihrer eigenen Bürger so entschieden wie möglich befördern. Hierzu sind sie, so Lafont, in der Lage, solange die Regelungen und Verfahren den weltweiten Genuss der Menschenrechte nicht behindern.

David Miller widmet sich der Frage der globalen Gerechtigkeit am Beispiel des, wie sich zeigt, umstrittenen Begriffs „Fair Trade“. Miller zeigt, dass dieser Begriff von unterschiedlichen und durchaus konfligierenden Positionen in Anspruch genommen wird. In Abwägung dieser Positionen extrahiert er drei übergreifende Perspektiven, die jeweils unterschiedliche Aspekte der Fairness von Handelsbeziehungen beleuchten. Die prozedurale Fairness bezieht sich auf die Regeln der Handelsbeziehungen. Die Produzentenrechte-Konzeption betont den

rechtlich garantierten Schutz vor Armut und Ausbeutung. Und schließlich fokussiert der faire Austausch die Aufteilung der Ressourcen und Gewinne unter den Handelspartnern. Miller plädiert dafür, diese Perspektiven als komplementär zu betrachten und jeweils kontextsensibel zur Anwendung zu bringen. Damit geht er über seine frühere Darstellung in *National Responsibility and Global Justice* (2009) hinaus. Die Vorstellung, dass ökonomische Ungleichheiten unter der Bedingung realistischer Entwicklungsperspektiven für ärmere Gesellschaften rechtfertigbar sind, wird um die Forderung des Schutzes der Menschenrechte erweitert.

Der Beitrag von *Albert Weale* bringt zwei, wie deutlich wird, nur scheinbar gegensätzliche Traditionen des Denkens über Demokratie und Gerechtigkeit zusammen: die klassische Vertragstheorie und die deliberative Demokratietheorie. Weale zeigt, dass Vertragstheorien um die Beantwortung zweier letztlich unabhängiger Fragen bemüht sind. Bei der ersten Frage geht es um die Verbindlichkeit und Verpflichtungswirkung des Sozialvertrages, also darum, welche Pflichten dieser beinhaltet und warum Akteure diesen nachkommen. Bei der zweiten und separat zu beantwortenden Frage geht es um die konkreten Inhalte des Sozialvertrags unter Bedingungen divergierender Interessen und Urteile. Weale formuliert nun eine dritte Frage an Vertragstheorien, und zwar die nach der Rolle der öffentlichen Deliberation über den Sozialvertrag. Er argumentiert, dass Deliberation in der Konzeption des Sozialvertrages eine zentrale Rolle spielen kann und sollte, was er anhand eines empirischen Beispiels der gemeinschaftlichen Nutzung öffentlicher Güter illustriert. Im Anschluss hieran entwickelt er eine Konzeption deliberativer Rationalität, die modernen Vertragstheorien angemessener sei als verbreitete utilitaristische Ansätze.

Joachim Behnke fragt nach dem Potenzial der empirischen Spieltheorie zur Beantwortung zentraler demokratie- und gerechtigkeitstheoretischer Fragestellungen. Ausgehend von der Feststellung, dass normative und empirische Urteile stets aufeinander angewiesen sind, macht er anhand der Ergebnisse von Ultimatum- und Diktatorspielen deutlich, wie die Spieltheorie als Werkzeug zur Untersuchung moralischer Urteile dienen kann. Behnke diskutiert die Ergebnisse zweier selbst durchgeführter Experimente, die auf Bedingungen hinweisen, die die Ausbeutung von Entscheidungsunterworfenen unwahrscheinlicher machen. Aus den Ergebnissen der experimentellen Untersuchung zieht Behnke auch Schlüsse für ein gerechtes Design demokratischer Institutionen: So sollten diese nach Möglichkeit Vetopunkte enthalten, die Ausbeutungsentscheidungen erschweren, auf Legitimation durch explizite Zustimmung beruhen und Normen fairer Verteilung etablieren und bestärken.

Claudia Wiesner untersucht das Verhältnis von Demokratie und Gerechtigkeit am Beispiel der Einflüsse der Europäischen Union auf Bürgerstatus und Bürgerrechte. Ausgehend von T. H. Marshalls klassischer Unterscheidung zwischen

demokratischen und sozialen Bürgerrechten zeigt Wiesner, dass die Europäische Union zwar in einigen Bereichen eine Verbesserung nationaler Standards bewirkt hat, dass mit Blick auf die sozialen Rechte jedoch, zumindest für die reicheren EU-Mitgliedstaaten, genau die umgekehrte Entwicklung zu beobachten ist. Eine mögliche Problemlösung besteht Wiesner zufolge in dem sogenannten Korridormodell, das bestehende nationale Sozialstandards durch Mindestausgabenquoten schützt.

Um ein tieferes Verständnis der bisher genannten Probleme zu erzielen, ist es notwendig, in einem weiteren reflexiven Schritt danach zu fragen, wie der Zusammenhang von Entscheidungsverfahren und Gerechtigkeit aussehen könnte, wenn man ihn von der Verteilungsseite ausgehend untersucht.

3. Besondere Güter der Demokratie und ihre Verteilung

Die im Beiträge im dritten Teils des Bandes befassen sich mit den Fragen, inwieweit die gerechte Verteilung bestimmter Güter einer Funktionsvoraussetzung für die Demokratie darstellt, und ob eine extrem ungleiche Güterverteilung auch unter der Voraussetzung formal intakter demokratischer Institutionen demokratieschädigend wirken kann. Dieser dritte Aspekt des Spannungsverhältnisses von Gerechtigkeit und Demokratie analysiert die Rolle besonderer Güter (etwa Primärgüter) und die demokratische Verhandelbarkeit ihrer Verteilung. Welche Güter erscheinen als unverzichtbare Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe und demokratische Partizipationschancen, und welche Güter könnten in ihrer Verteilung durchaus demokratischen Verfahren unterworfen werden? Diese Debatte besitzt eine lange Tradition. So argumentierte bereits T. H. Marshall für soziale Rechte als Voraussetzung für die Ausübung liberaler und politischer Rechte (Marshall 1992 [1949]). Unter Bedingungen von Globalisierung und verschärfter sozialer Ungleichheit gewinnt diese Debatte erneut an Aktualität. So sieht John Rawls einige Grundgüter, die allen ein gutes Leben ermöglichen können, nicht nur als Grundlage für eine gerechte Gesellschaftsordnung, sondern auch für eine gerechte internationale Ordnung an (Rawls 2002, Kreide 2007, Poge 2008). Amartya Sen und Martha Nussbaum haben mit ihrem *capability approach* eine Liste individueller Fähigkeiten entwickelt, die als Schwellenwert für die Verwirklichung von Gerechtigkeit und Demokratie unabhängig vom kulturellen Kontext zu sehen sind (Nussbaum 2006, Sen 2009). Während unstrittig ist, dass die Verteilung von grundlegenden Gütern bestimmten Anforderungen genügen muss und Restriktionen unterliegt, ist zugleich umstritten, wie eine Liste von Grundgütern zu definieren ist, die sich weder auf empirieunabhängige ontologische oder gar metaphysische Annahmen stützt noch selbstreferentiell ist (Toens 2007).

Simon Caney geht in seinem Beitrag der Frage nach, welche Maßnahmen getroffen werden müssten, um den Klimawandel einzudämmen. Er konzentriert sich dabei auf die Frage, wie mit einem ganz besonderen Gut, der Luft (bzw. ihrer Verschmutzung durch Emissionen) in einer Weise gehandelt werden kann, die es erlaubt, von einem gerechten Emissionshandel zu sprechen. Caney verwirft dabei die üblichen Vorschläge und weist auch das meistverwendete Prinzip der „Besitzstandswahrung“ zurück, bei dem Zertifikate für Treibhausgasemissionen entsprechend der bisherigen Menge der Emissionen ausgegeben werden. Mit diesem, so Caney, werde der tief in unserem moralischen Alltagsverständnis verankerte Grundsatz über Bord geworfen, dass Akteure für die Verursachung von Verschmutzung zahlen sollten. Ersetzt werde er durch die wenig plausible Vorstellung, dass diejenigen, die bislang hohe Emissionen hatten, ungeachtet ihrer „Verschmutzungsgeschichte“ mit diesen Emissionen handeln können. Caney setzt dieser Herangehensweise einen alternativen Vorschlag entgegen. Dieser geht erstens davon aus, dass die Atmosphäre ein Gut der gesamten Menschheit ist. Zweitens sieht er ein internationales Gremium vor, das ein faires Niveau von Treibhausemissionen festsetzt, das mit der Zeit reduziert werden sollte, um die gefährliche Klimaveränderung aufzuhalten. Und schließlich sollen Berechtigungen zum Ausstoß von Treibhausgasen, die durch die Produktion entstehen, versteigert werden (*upstream auction*). Der Erlös einer solchen weltweiten Auktion sollte für den Kampf gegen den Klimawandel genutzt werden.

Anja Karnein widmet sich einem anderen, besonderen Gut, über das in der letzten Zeit vermehrt diskutiert wird: der Elternschaft. Sollte, so ihre Ausgangsfrage, ein Anspruch auf Elternschaft universell sein? Fiele die Antwort positiv aus, hieße dies, dass nicht nur ausschließlich jede Gruppe von Personen im Fokus der Diskussion stünde, die ohne medizinische Hilfe Eltern werden können (und die, politisch betrachtet, vielleicht weitere Unterstützung für ihr Elterndasein fordern könnten), sondern dass auch unfruchtbare Personen, Personen, die einen Partner gleichen Geschlechtes haben oder als Singles leben einen Anspruch auf Elternschaft besäßen. Karnein diskutiert verschiedene Einwände, unter anderem den, dass Kinder, die ihre natürlichen Eltern nicht kennen, angeblich darunter leiden. Sie argumentiert, dass das grundlegende Gut, auf das Personen ein Anrecht haben, die soziale Elternschaft ist. Darunter versteht sie eine gelungene Eltern-Kind-Beziehung. Somit ist die Beziehungsfähigkeit und nicht die biologische Zeugungsfähigkeit für die soziale Elternschaft ausschlaggebend. Vor diesem Hintergrund und der Annahme, dass es ein gesellschaftliches Interesse an der Selbsterhaltung einer Gesellschaft durch die Förderung von Elternschaft gibt, argumentiert sie schließlich für eine gesellschaftliche Verpflichtung, die soziale Elternschaft für alle Personen so gut es geht zu ermöglichen.

Michael Hirsch geht es um die Verteilung des ebenso knappen wie bedeutsamen Guts der Erwerbsbeschäftigung. Ihm zufolge führt der Widerspruch zwi-

schen der Knappheit von Gelegenheiten der Vollzeitwerbstätigkeit und ihrer Rolle als Zugangsbedingung zur Einkommenssicherheit und sozialen Anerkennung zur Verschärfung sozialer Verteilungskonflikte. Maßnahmen zugunsten der Erweiterung individueller Selbstverwirklichungsspielräume jenseits der ökonomischen Arbeit (Stichwort ‚garantiertes Grundeinkommen‘) sind Hirsch zufolge sinnvoll, dürften aber nicht auf Kosten der wirtschaftlichen Partizipation ihrer Adressaten gehen. Hirsch sieht vor allem die kritische Theorie in der Pflicht, mit der Ideologie der Arbeitsgesellschaft zu brechen und neue progressive Vorschläge der sozial gerechten Umverteilung von Arbeit und der sozialen Anerkennung zu entwickeln.

Johannes Marx fragt nach den besonderen Eigenschaften geistiger Eigentumsrechte. Wie weit ist es möglich, geistige Eigentumsrechte unter Bedingungen wirtschaftlicher Globalisierung zu schützen? Und wie sind geistige Eigentumsrechte normativ zu gewichten, wenn sie in Konflikt mit Hilfspflichten geraten? Dies ist, wie Marx aufzeigt, etwa im Fall von Patenten auf Arzneimittel als geistigen Eigentumstiteln der Fall: Dürfen wir lebensnotwendige patentgeschützte Medikamente Menschen vorenthalten, nur weil sie (bzw. die Gesundheitssysteme ihrer Heimatländer) nicht in der Lage sind, deren hohe Preise zu zahlen? Marx ordnet Grundpositionen zu Bedingungen internationaler Gerechtigkeit anhand von zwei Dimensionen und unterzieht die Argumentationen von Rawls und Pogge in dieser Diskussion einer metaethischen Bewertung. Letztlich schließt er sich Pogge an und legt vor diesem Hintergrund normative und praktisch-politische Konsequenzen für den internationalen Schutz geistigen Eigentums dar.

Der Beitrag von *Arne Moritz* widmet sich der gerechten Verteilung von Gesundheitsgütern unter Knappheitsbedingungen. Ausgehend von der Feststellung, dass die Absicherung gesundheitlicher Lebensrisiken in Rawls' Sinne zentral für die Gewährleistung fairer Chancengleichheit ist, diskutiert Moritz den von Norman Daniels und James E. Sabin entwickelten Kriterienkatalog für faire Entscheidungsverfahren zur Definition des Leistungsangebots von Krankenversicherungen. Er kommt zu dem Schluss, dass rein prozedurale Gerechtigkeitskriterien hier nicht ausreichen und plädiert dafür, das substantielle Kriterium fairer Chancengleichheit als Maßstab zur Bewertung von Verfahren und ihren Ergebnissen beizubehalten.

So sehr sich die Beiträge in ihrer Einschätzung dessen unterschieden, wie das Spannungsverhältnis zwischen Gerechtigkeit und Demokratie beschrieben und möglicherweise aufgelöst werden kann, so sehr eint sie die Feststellung, dass die aufgeworfenen Probleme und Fragen weder mit dem Verweis auf das Primat demokratischer Entscheidungsfindung noch durch den Bezug auf allgemeine Gerechtigkeitsprinzipien abschließend geklärt werden können. Wir hoffen dennoch, mit diesem Band nicht nur ein vertieftes Verständnis für diese drängenden Pro-

bleme der politischen Theorie und Philosophie schaffen, sondern auch ein Panorama möglicher Lösungen und Antworten eröffnen zu können.

Die Mehrzahl der Beiträge in diesem Sammelband geht auf die gleichnamige Tagung „Demokratie und Gerechtigkeit in Verteilungskonflikten“ zurück, die als Frühjahrstagung der Sektion ‚Politische Theorie und Ideengeschichte‘ der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft im März 2010 an der Goethe-Universität Frankfurt am Main stattfand und von vielen Seiten unterstützt wurde. Die Fritz Thyssen Stiftung förderte die Tagung finanziell sehr großzügig und hat durch einen weiteren Beitrag dazu beigetragen, dass die englischsprachigen Beiträge übersetzt werden konnten. Auch der Vereinigung von Freunden und Förderern der Goethe-Universität sei an dieser Stelle für ihre umfangreiche und entgegenkommende Hilfe herzlich gedankt. Ohne die organisatorische Mitarbeit von Marco Brehme, Dorothea Klinnert, Luka Kim (Goethe-Universität Frankfurt), und Joanna Izmajlowicz (Justus-Liebig-Universität Gießen) wäre diese Tagung nicht durchführbar gewesen. Nicht zuletzt profitierten wir von der (wie immer) hervorragenden Übersetzungsarbeit durch Michael Adrian, Bettina Engels und ganz besonders Nikolaus Gramm, der auch noch gewohnt professionell die Endredaktion vorgenommen hat. Ihnen allen wollen wir an dieser Stelle ganz herzlich danken.

Literaturverzeichnis

- Crouch, Colin* 2008: Postdemokratie, Frankfurt am Main.
- Dowding, Keith/Goodin, Robert E./Pateman, Carole* (Hrsg.) 2004: Justice and Democracy. Essays for Brian Barry, Cambridge UK.
- Forst, Rainer* 2007: Das Recht auf Rechtfertigung: Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.
- Gosepath, Stefan* 2004: Gleiche Gerechtigkeit: Grundlagen eines liberalen Egalitarismus, Frankfurt am Main.
- Kreide, Regina* 2007: Neglected Injustice: Poverty as a Violation of Social Autonomy, in: Thomas Pogge (Hrsg.), Freedom from Poverty. Who Owes What to the Very Poor, Oxford, S. 155–183.
- Lafont, Cristina* 2006: Is the Idea of a Deliberative Democracy Coherent?, in: Samantha Besson/José Luis Martí (Hrsg.), Deliberative Democracy and Its Discontents. Ashgate, S. 3–26.
- Landwehr, Claudia* 2006: Kann über die Verteilung von Gesundheitsgütern demokratisch entschieden werden?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 19:4, S. 84–97.
- Landwehr, Claudia* 2009: Democratic and Technocratic Policy Deliberation, in: Critical Policy Studies 3:3/4, S. 434–439.
- Marshall, Thomas H.* 1992 [1949]: Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, in: ders., Bürgerrechte und soziale Klassen, Frankfurt am Main, S. 33–39.
- Miller, David* 2009: National Responsibility and Global Justice, Oxford.

- Nussbaum, Martha* 2006: *Frontiers of Justice. Disability, Nationality, Species Membership*, Cambridge, Mass.
- Offe, Claus* 1987: *Democracy Against the Welfare State? Structural Foundations of Neoconservative Political Opportunities*, in: *Political Theory* 15:4, S. 501–537.
- Pogge, Thomas* 2008: *World Poverty and Human Rights: Cosmopolitan Responsibilities and Reforms*, Oxford.
- Rawls, John* 2002: *Das Recht der Völker*, Berlin.
- Sen, Amartya* 2009: *The Idea of Justice*, Cambridge, Mass.
- Schmalz-Bruns, Rainer* 2007: *An den Grenzen der Entstaatlichung: Bemerkungen zu Jürgen Habermas' Modell einer „Weltinnenpolitik ohne Weltregierung“*, in: Peter Niesen/Benjamin Herboth (Hrsg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, Frankfurt am Main, S. 269–294.
- Toens, Katrin* 2007: *The Dilemma of Regress: Social Justice and Democracy in Recent Critical Theory*, in: *European Journal of Political Theory* 6:2, S. 160–179.